

7. Dezember 2005, Neue Zürcher Zeitung

## **Kritischer Blick auf Spielwaren aus China**

### **Aktion für bessere Arbeitsbedingungen**

C. W. Firmen, die in der Schweiz Spielwaren aus China verkaufen, sollen bei den produzierenden Unternehmen auf bessere Verhältnisse für die Arbeitnehmer hinwirken. Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), die Gesellschaft schweizerisch-tibetische Freundschaft (GSTF) und die entwicklungspolitische Vereinigung «Erklärung von Bern» weisen in der Weihnachts-Einkaufszeit darauf hin, dass die Geschenkartikel «günstig» unter Bedingungen hergestellt würden, wie sie in Europa vor 150 Jahren geherrscht hätten; der Missbrauch sei die Regel, nicht die Ausnahme.

Spielwaren aus Tausenden von chinesischen Unternehmen sollen weltweit einen Marktanteil von drei Vierteln haben (für die Schweiz werden keine entsprechenden Angaben gemacht). Eine schwedische und eine Hongkonger Nichtregierungsorganisation haben die Situation in acht beziehungsweise elf Firmen in der Provinz Guangdong untersucht und festgestellt, dass extrem lange Arbeitszeiten üblich sind, die staatlichen Vorschriften häufig missachtet werden und die Arbeitnehmer ihre Rechte nicht verteidigen können, da keine Gewerkschaftsfreiheit besteht. Von den Firmen veranlasste externe Kontrollen (Sozialaudits) könnten keine Abhilfe schaffen, da sie oft oberflächlich seien und die Beschäftigten kaum einbezögen, lautet der Befund der Clean Clothes Campaign, eines Netzes für bessere Herstellungsbedingungen in der Textilindustrie.

Die SKS und die GSTF hatten mit einer Postkartenaktion die schweizerischen Detailhändler auf diese Probleme angesprochen und, wie sie kritisieren, unbefriedigende oder, speziell von Franz Carl Weber, keine Antworten erhalten. Die drei Organisationen fordern von den Firmen, dass sie bei ihren Produzenten auf der Einhaltung internationaler arbeitsrechtlicher Standards bestehen, keine unrealistischen Liefertermine verlangen, faire Preise aushandeln und langfristige Geschäftsbeziehungen pflegen. Für die Konsumenten ergäbe sich keine nennenswerte Verteuerung, heisst es, da der Anteil der Arbeitskosten gering sei. Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, soll vor Spielzeuggeschäften mit Flugblättern auf diese Anliegen hingewiesen werden.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/12/07/vm/articleDE1WW.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG